

Schlei Bote - Mittwoch, 18.08.2010

Solarparks: Hoffen auf Härtefall- Regelung mit grüner Hilfe freiwill

Es geht um millionenschwere Investitionen, viele Arbeitsplätze und die Sicherung von betrieblichen Existenzen in der Region – daher mischt sich unter die Wut und Enttäuschung der Landwirte, Politiker und Investoren nach dem ersten Schock nun auch Kampfgeist. Eine Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) lässt die geplanten Solarparks in Hürup, Freienwill und Süderhackstedt mit einer Gesamtinvestitionssumme von rund 60 Millionen Euro nach momentaner Gesetzeslage vor dem Aus stehen, da keine Einspeisevergütung mehr für die Betreiber von Photovoltaikanlagen auf Ackerflächen gezahlt wird – vom Bundestag beschlossen im Juli, rückwirkend zum 25. März (wir berichteten).

In das Dilemma hat sich nun die Grünen-Bundestagsabgeordnete und energiepolitische Sprecherin ihrer Fraktion, Ingrid Nestle, eingeschaltet. Bei einem Gespräch mit Investoren und Politikern betonte Nestle nicht nur den Verlust für die an den Projekten Beteiligten, die schon erhebliche Planungskosten investiert haben – „auch für das Klima ist diese Situation ein herber Verlust.“ „Ein solch abrupter und rückwirkender Schnitt macht überhaupt keinen Sinn“, verdeutlichte Nestle ihre Einschätzung. Auch bisherige Gespräche der Investoren mit Energieversorgern über die reguläre Abnahme des Solarstroms waren ergebnislos. „Kein Interesse – diese Antwort war immer schnell zu hören“, so Henning Wriedt, der die Anlage in Süderhackstedt betreiben möchte. Nestle will sich auch um parteiübergreifende Hilfe mit anderen Abgeordneten einsetzen, um in Berlin eine Härtefallregelung zu erzielen, die den Planern doch noch die Einspeisevergütung ermöglicht. Zudem will sich Nestle noch einmal bei Energieversorgern für eine Abnahme des Solarstroms stark machen.

Nestle findet es vor allem verwerflich, dass hier genau nach dem EEG geplant wurde, alle Beteiligten viel Geld investiert haben – und diese Projekte nun durch den rückwirkenden Wegfall der Einspeisevergütung vor die Wand gefahren würden. Wenn alle Stricke reißen, bleibt den Planern nur noch eine Klage gegen die Novellierung des EEG. „Mit einer Sammelklage stehen wir bereits in den Startlöchern“, so Wriedt.

iwe